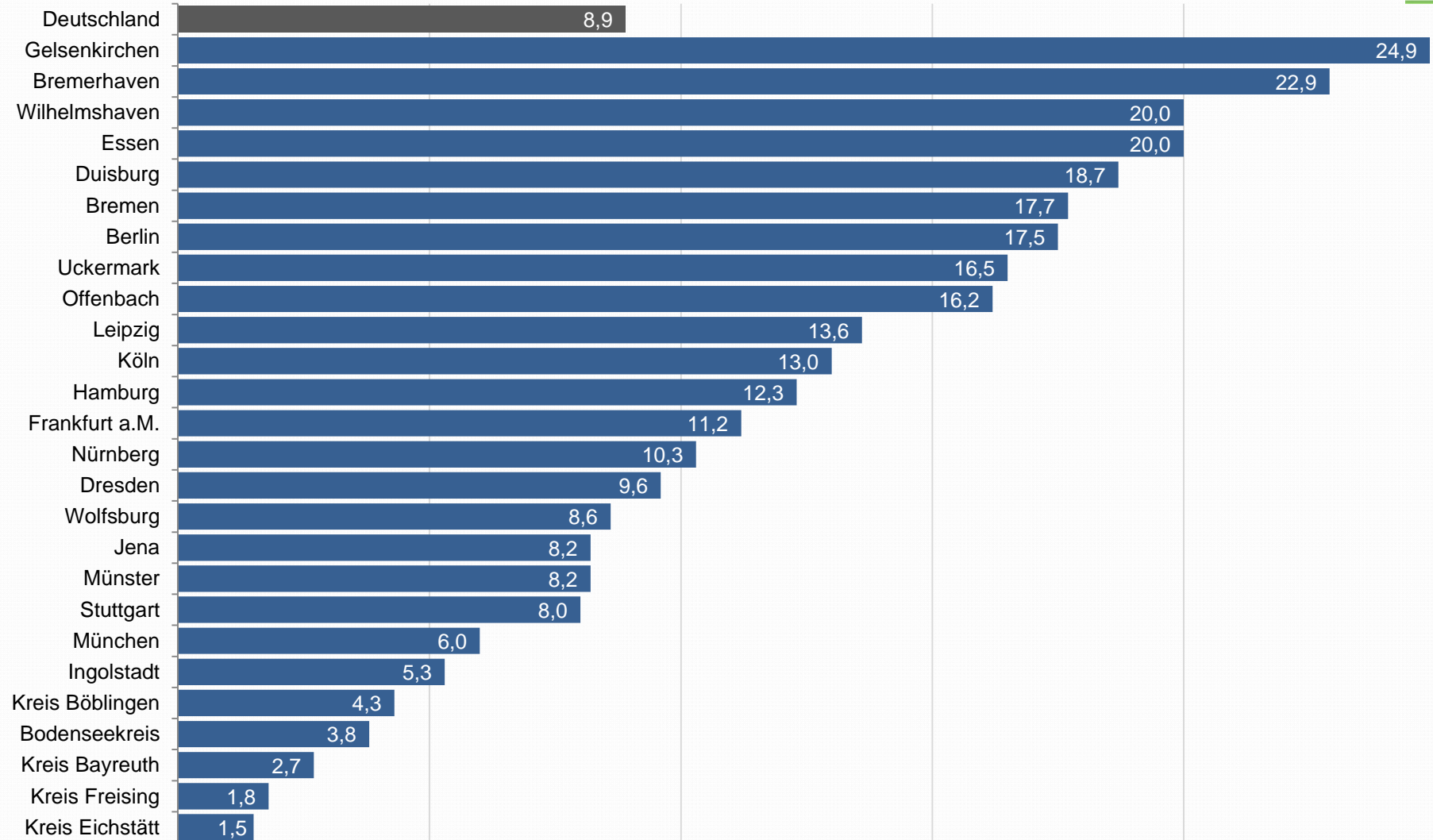


## Empfängerquoten<sup>1)</sup> von Leistungen des SGB II in ausgewählten Städten/Kreisen 2018



1) In Prozent der Bevölkerung zwischen 0 Jahren und der Regelaltersgrenze

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2019), SGB II-Hilfequoten



## **Empfängerquoten von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende in ausgewählten Städten und Landkreisen, 2018 (SGB II-Hilfequoten)**

Die Empfängerquoten von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) unterliegen starken regionalen Schwankungen. Während es im Jahresdurchschnitt 2018 auf Bundesebene 8,9 % der Bevölkerung zwischen 0 Jahren und der Regelaltersgrenze sind, die Arbeitslosengeld II (für Erwerbsfähige) und Sozialgeld (für nicht erwerbsfähige Angehörige) in Anspruch nehmen müssen, gibt es Regionen, die deutlich stärker betroffen sind, und Regionen, in denen der Bevölkerungsanteil mit Grundsicherungsbezug nur gering ausfällt.

Die Abbildung stellt die regionale Varianz der Empfängerquoten auf der Ebene von ausgewählten Städten und Landkreisen dar. In einzelnen wirtschaftlichen Krisengebieten liegen im Jahresdurchschnitt 2018 die Quoten bei 24,9 % (Gelsenkirchen), 22,9 % (Bremerhaven) Nahezu jeder vierte Bewohner dieser Städte hat ein so niedriges Einkommen, dass Hartz IV Leistungen beansprucht werden müssen.

In Süddeutschland hingegen, insbesondere in den Landkreisen, sind – absolut wie relativ (in Bezug auf die Bevölkerung) – nur wenige Menschen auf Hartz IV angewiesen, so u.a. in den bayerischen Kreisen Eichstätt und Freising 1,6 % bzw. 1,8 %. Aber auch in den süddeutschen Großstädten liegen die Empfängerquoten unter dem Bundesdurchschnitt, so beispielsweise in Ingolstadt (5,3 %), München (6,0 %) oder Stuttgart (8,0 %).

Eine nähergehende Betrachtung macht deutlich, dass diese Abweichungen zum einen durch die Arbeitsmarktlage und die Höhe der Arbeitslosigkeit bestimmt sind. Gerade Regionen, die einem Strukturwandel unterliegen und eine hohe Arbeitslosenquote aufweisen - so in den neuen Bundesländern, aber auch in den altindustriellen Gebieten in den alten Ländern - sind benachteiligt (vgl. [Abbildung IV.38b](#)).

Es sind aber nicht allein Arbeitslose und ihre nicht erwerbsfähigen Angehörigen (Kinder), die Grundsicherungsleistungen empfangen (nur knapp die Hälfte der Empfänger von ALG II sind arbeitslos - vgl. [Abbildung III.57](#)). Auch viele Erwerbstätige mit niedrigen Arbeitsentgelten erhalten, soweit sie bedürftig sind, aufstockendes Arbeitslosengeld II (vgl. [Abbildung IV.81](#)) Und auch jene, denen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit aufgrund eines Schulbesuchs (Kinder) oder aufgrund von Betreuungs- und Pflegeaufgaben nicht zugemutet wird und dem Arbeitsmarkt (zeitweise) nicht zur Verfügung stehen, sind Empfänger von Arbeitslosengeld II. Die Unterschiede in den Empfängerquoten, und insbesondere die Unterschiede zwischen Großstädten und Landkreisen, rühren deshalb auch daher, dass sich im großstädtischen Raum die sozialen Problemlagen konzentrieren: Hier weisen vor allem Alleinerziehende und Ein-Personenhaushalte besonders große Bevölkerungsanteile auf. Zugleich sind hier auch die Kosten der Unterkunft höher als im ländlichen Raum, was zu höheren Bedarfen führt.

Diese regional differenzierte Analyse der Empfängerquoten von Leistungen der Grundsicherung widerlegt die häufig geäußerte These, dass Höhe und Dauer des Leistungsbezuges verhaltensbestimmt seien. Denn wenn es richtig wäre, dass Arbeitslosengeld II in Anspruch genommen wird,

weil die Leistungen überhöht sind und keinen Anreiz zur Arbeitsaufnahme bieten, dann müssten die regionalen Varianzen bei den Empfängerquoten Folge eines regional unterschiedlichen Fehlverhaltens der Betroffenen sein. Dafür gibt es keine Belege. Es sind nicht Verhaltensmuster und Charaktereigenschaften, die die Inanspruchnahme von ALG II bestimmen, sondern die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen.

## **Hintergrund**

Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten Personen, die nach den im SGB II definierten Kriterien erwerbsfähig und zugleich hilfebedürftig sind. Nicht erwerbsfähige Familienangehörige (Kinder bis 15 Jahre) haben Anspruch auf Sozialgeld. Zu den erwerbsfähigen Leistungsempfängern zählen nicht nur Arbeitslose, sondern auch Erwerbstätige, deren Einkommen unterhalb des Grundsicherungsbedarfs liegt, sowie jene, denen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit z.B. aufgrund eines Schulbesuchs (Kinder über 15 Jahre) oder aufgrund von Betreuungs- und Pflegeaufgaben nicht zugemutet wird und die dem Arbeitsmarkt (zeitweise) nicht zur Verfügung stehen.

## **Methodische Hinweise**

Die Empfängerquote von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II errechnet sich, indem diese Gruppe ins Verhältnis zur Bevölkerung im Alter zwischen 0 Jahren und der Regelaltersgrenze gesetzt wird. Die Regelaltersgrenze wird seit 2012 schrittweise bis auf 67 Jahre angehoben. Sie lag im Jahr 2018 bei 65 Jahren und sieben Monaten. Die Altersbegrenzung wird vorgenommen, da Personen, die die Regelaltersgrenze überschritten haben, grundsätzlich keine Leistungen nach dem SGB II erhalten. Im Falle von Bedürftigkeit fallen diese vielmehr unter die „Grundsicherung im Alter“ nach dem SGB XII.

Leistungen der Grundsicherung müssen beantragt werden. Untersuchungen zeigen, dass viele Leistungsberechtigte - aus Unwissenheit, Scham oder anderen Gründen - von ihrem Anspruch keinen Gebrauch machen. Es existiert eine hohe „Dunkelziffer“ der Nicht-Inanspruchnahme. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass der Kreis der Menschen, die aufgrund ihrer unzureichenden Einkommenslage hilfebedürftig sind, deutlich größer ausfällt, als dies in den Zahlen der Grundsicherungsstatistik zum Ausdruck kommt.